

Abonnements
werden beim Verlag und besten
bekanntesten Agenten entgegen-
genommen, und zwar zum
Voraus zahlbaren
Wierteljahrespreis von:
Mk. 4.00 für Deutschland (Post
per Brief-Couvert)
Duk. 2.75 für Österreich (Post
per Brief-Couvert)
Sch. 2. — für alle übrigen Länder
des Weltpostvereins (Kreuzband).
Inserte
Die beizugehaltene Preistabelle
S. 100 — 101. — 102. — 103.

Der Sozialdemokrat

Organ der Sozialdemokratie deutscher Zunge.

Ersteinst
wöchentlich einmal
in
London,
Verlag
des
Osman Co-operative Publishing Co.
E. Bernstein & Co., London N. W.
114, Kanish Town Road.
Postsendungen
Franko gegen franko.
Gewöhnliche Briefe
nach England sollen Doppelpost.

N. 7.

Briefe an die Redaktion und Expedition des in Deutschland und Österreich verbreiteten „Sozialdemokrat“ wolle man unter Beobachtung äußerster Vorsicht abgeben lassen. In der Regel sollen die Briefe nicht direkt, sondern an die bekannten Adressen. In besonderen Fällen eingeschrieben.

17. Februar 1889.

Parteigenossen! Vergesst der Verfolgten und Gemäßigten nicht!

Die Sozialdemokratie und der Patriotismus.

In seiner Rede zur dritten Lesung des Reichs-Etats oder, wie es jetzt heißt: Reichs-Haushalt, ist Genosse Liebknecht auf diejenigen Stellen seiner, in der ersten Lesung des Reichs-Haushalts gehaltenen Rede zurückgekommen, welche von zwei Seiten Angriffe erfahren hatte: von einigen Genossen, weil sie zu patriotisch, von den Bonapartisten Keptilien, weil sie anti-patriotisch, landesverrätherisch seien. Wir machten damals die betreffenden Genossen darauf aufmerksam, daß sie zweifelsohne den Sinn der Liebknecht'schen Erklärungen falsch aufgefaßt, und wir freuen uns, heute feststellen zu können, daß Liebknecht's jetzt abgegebene Erklärung jeden Zweifel darüber beseitigt, daß er, wie in jeder anderen Beziehung, auch in Beziehung auf den „Patriotismus“ der alte, unbegleimte Vertreter der wahren Internationalität geblieben ist.

Lassen wir zunächst die Erklärung Liebknecht's folgen, und zwar nach dem Wortlaut des amtlichen stenographischen Berichts. Liebknecht sagte in der Sitzung vom 5. Februar:

„Eine Neuerung aus meiner Glatze ist sodann von dem Herrn Oberstaatsanwalt Dr. Hartmann in einer Weise behandelt worden, die mich wenig, ein paar Worte zu sagen. Ich theilte damals — durch Wohlwahrheit provoziert — mit, ich hätte einem französischen Politiker gegenüber bemerkt: „Nacht euch nur keine falschen Erwartungen in Bezug auf Deutschland! Wenn ihr uns angriffet, ist das ganze Volk eing und sind auch wir bereit, gegen euch zu kämpfen.“

Jene Neuerung von mir fiel — um Mißverständnissen vorzubeugen, will ich dies erwähnen — gegen einen Mann, der Gambetta ziemlich nahe stand; mit Gambetta selbst habe ich nie persönliche Berührung gehabt. Ich hatte damals die verhängnisvolle Rolle vor Augen, welche Gambetta, der Bonaparte von damals, in Deutschland in unserer inneren Politik zu spielen hatte. Jedesmal, wenn Gambetta irgendwo eine Rede hielt, die Revolution machte, wurde in Deutschland diese Rede ausgenutzt, von der Republikenpresse laienartig vergrößert, aus der harmlosesten Andeutung eine Drohung gemacht, und sofort kamen die Verurtheile, unsere Willkür zu verurtheilen und selbstverständlich das deutsche Volk gegen den bösen Nachbarn zu verhetzen. Im Privatgespräche fiel nun jene Neuerung, ich bemerke: „Herr Gambetta ist der beste Landesgenosse des Herrn Bonaparte, er ist für diesen ganz unerschütterlich.“ — ein Urtheil, das ich beiläufig später auch über Bonaparte gefällt habe, — und wir werden in Deutschland in unserer politischen Entwicklung durch dieses Revolutionsgeschwätz getört. Es gibt bloß eine Revolution für die Franzosen: Sie haben eine Republik, für die Republik gilt das Wohlwollen oblige, sie hat höhere Pflichten als die Monarchie, weil sie die Regierung des Volkes, die Regierung für das Volk und durch das Volk ist; sorgen Sie dafür, daß Sie das deutsche Kaiserreich durch eine geordnete, freie Regierung und durch eine echte Sozialreform statt der falschen, wie wir sie in Deutschland haben, in Schatten stellen. Das ist die einzige Revolution. Uebersehen Sie uns mit Krieg, so werden Sie einfach geschlagen, — dann wird das deutsche Volk einig gegen Sie sein; und wenn Sie glauben, wie Bonaparte das 1870 that, daß Deutschland oder diese oder jene Partei für Sie sein werden, so ist das ein schwerer Irrthum.“ Das habe ich damals gesagt, — das war „patriotisch“, und es ist verstanden worden.

Aber wenn vielleicht der Herr Oberstaatsanwalt Dr. Hartmann sich dahin verbeugen will, daß ich mich unter allen Umständen für einen Krieg mit Frankreich hätte erklären sollen, — so muß ich Ihnen allerdings sagen, da kommen wir auf ein Gebiet, wo wir nicht mehr übereinstimmen können. Ich glaube, daß es endlich Zeit daran sei, daß die Völker erkennen lernen, daß der Krieg ein Verbrechen ist, und daß derjenige, der dieses Verbrechen begeht und nicht zur Verteidigung, sondern zum Angriff Krieg führt, von der Menschheit getrennt zu werden verdient, und daß die Völker Front machen müssen gegen ihn. Und ich gestehe offen, obgleich ich, richtig aufgefaßt, ein besserer Patriot zu sein glaube als so mancher von Ihnen,

(Wochen)

wenn ein ungerechter Krieg von der deutschen Regierung vom Raume gebrochen werden sollte, dann würde ich niemals sagen, daß es die Pflicht des deutschen Volkes ist, das freie Frankreich, oder welches Land es sonst sei, zu überfallen und der Regierung blinde Hingabe zu leisten; da trennen wir uns. Von Männern der Friedensliga ist auf dem letzten Friedenskongreß der Satz ausgeprochen worden: Krieg gegen den Krieg, guerre à la guerre. Den Satz billige ich durchaus. Wie kann man aber guerre à la guerre, Krieg gegen den Krieg machen? Nur dadurch, daß man denen, die Krieg erheben, die Krieg anstellen, den Krieg erklärt, sie bekämpft und ihre Gemeinshaftlichkeit den Völkern zeigt. Das sage ich auch denjenigen, die da glauben, mir in den Reihen meiner eigenen Partei in Bezug auf jene Neuerung Schwierigkeiten zu bereiten. Ich habe damals nicht, wie gewisse Scheinrevolutionäre behaupten wollten, einen chauvinistischen Gedanken ausgesprochen, sondern das, was jeder Sozialdemokrat als richtig anerkennen muß. Daß durch die Sozialdemokraten Männer, die ins Ausland getrieben wurden, so verbittert sind, daß sie auch in einem gerechten Kriege Deutschlands dem Vaterlande, welches sie von sich getrieben, den Sieg nicht wünschen, weil ihr Herz von Haß erfüllt ist, — das ist eine traurige Thatsache; dafür sind aber die Urheber des Sozialistengesetzes, die Urheber der in Deutschland herrschenden Prostitution schuldig.“

Wir denken, das ist deutlich gesprochen und der korrekte Ausdruck der Stellung der Sozialdemokratie gegenüber der heutigen politischen Lage.

Jedes Wort darüber hinaus wäre vom Uebel gewesen. Denn es wäre damit die Grenze überschritten gewesen, welche die Bekämpfung des Nordpatriotismus in Deutschland von der Unterstützung des französischen Chauvinismus trennt. Wir haben aber nicht die geringste Ursache, diesem letzteren Wasser

auf die Röhre zu leiten. Er ist, wenn auch nicht in ganz gleichem Maße — denn es klebt ihm noch ein gutes Stück revolutionärer Tradition an — doch in der Hauptsache ebenso gut freiheitsfeindlich als der Nordpatriotismus, an dem das deutsche Reich krankt. Ja, wie Liebknecht treffend schilderte, er ist die Hauptstütze des deutschen Nordpatriotismus, der umgekehrt seinerseits wieder sein Möglichstes thut, dem Chauvinismus in Frankreich frische Nahrung zu liefern. Ein beständiges Hin- und Herüberstacheln, wobei keiner von den Geheimthieren, die hinter den Kulissen die heulende Meute leiten, zur „That“ überzugehen wagt, weil sich Jeder der Gefahren bewußt ist, die damit für jeden der streitenden Theile, d. h. auch für ihn, verbunden sind. Diese gegenseitige Angst ist im jetzigen Augenblick die einzige Friedensgarantie, die einzige Ursache der mit so großer Emphase verkündeten leidenschaftlichen „Friedensliebe“ haben und drüben. Denn dessen darf man überzeugt sein, sobald einer der beiden Streithähne die Gewißheit hätte oder zu haben glaubte, daß er den andern „vernichten“ würde, so würde er auch loschlagen, bezw. sein Land zum Loschlagen treiben.

So schwer nun auch die Sozialdemokratie unter dem herrschenden System in Deutschland zu leiden hat, so hat sie doch keine Ursache, diesen Moment des Losschlagens herbeiführen zu helfen.

Wohl gibt es Leute, die da meinen, ein Krieg könne im Grunde nichts schaden, denn schlechter als jetzt könne es alsdann auch nicht werden, während doch die Möglichkeit vorhanden sei, daß er den Zusammenbruch der Reaktion zur Folge haben werde. Das Erste aber ist falsch und das Zweite eine sehr unsichere, auf einen von vielen möglichen Fällen begründete bloße Vermuthung.

Es ist nicht wahr, wenn auch ein arg verbreiteter Aberglaube, daß es „nicht schlechter werden kann“. Es kann immer noch schlechter werden — um nur ein Beispiel anzuführen, so kann die Emancipations-Bewegung der Proletarier um Jahre lang in ihrem Fortgang aufgehalten werden, und das ist gewiß eine Verschlechterung.

Wenn ein Krieg der herrschenden Reaktion ein Ende machen kann, so kann er auch ihre Position auf eine weitere Frist stärken, und zwar nicht bloß durch einen „glorreichen Abschluß“.

Mit einem Wort, das arbeitende Volk hat auch von dem Standpunkt seines sozialpolitischen Kampfes, den es daheim führt, keine Ursache, den Krieg herbeizuwünschen, wohl aber liegt es in seinem Interesse, daß das herrschende System im vollen „Frieden“ sich abwirtschaftet. Es geschieht dann um so gründlicher, und um so gründlicher wird alsdann auch die — nennen wir es Liquidation — sein.

Was hat aber damit der Patriotismus zu thun?

Wir gestehen zu, das Wort ist vieldeutig und, weil meist von anrüchlichen Leuten gebraucht, selbst sehr anrüchig geworden. Seiner ursprünglichen Bedeutung nach hat es aber einen durchaus unerschütterlichen Sinn: die Liebe zum eigenen Lande; seiner historischen Abstammung nach zudem einen demokratisch-revolutionären Beigeschmack, denn es wird allgemein zuerst in der französischen Revolution gebraucht und bezeichnet da die Fremde der Freiheit und des Volks, die Jakobiner. In der Schweiz, die seit Jahrhunderten keinen Unterdrückungsrieg geführt, hat es diese Bedeutung sogar beibehalten: die Grätliker und Demokraten begrüßen sich dort noch heute „mit patriotischem Gruß“. Das Worte sagt also an sich nichts Schlechtes, denn wenn wir auch keineswegs die Staaten und Nationen, wie sie heute bestehen, als ewig betrachten, noch sie durch chinesische Mauern aller möglichen Vorurtheile und Ausschließlichkeitsmaßregeln gegen einander verbarrikadirt sehen wollen, so sind sie doch einmal da, und wir können sie nicht in einem Tage aus der Welt schaffen.

Wir müssen an das historische Gewordene anknüpfen und es weiterentwickeln suchen, also zunächst auf nationalem und innerstaatlichem Boden wirken und im Anschluß daran den Kreis der international gemeinsam zu behandelnden Gegenstände immer mehr erweitern. Das Wirken im nationalen Rahmen schließt die Internationalität nicht aus, sondern muß ihre Ergänzung bilden. Das war auch der Grundgedanke der alten Internationale, die keineswegs ein so haltloses Luftgebilde war, als das sie manche Leute gern hinstellen möchten. Ihre Organisation und Statuten versprechen gegen verschiedene künstlich konstruirte Vereins- u. Gesetze, aber in keiner Weise gegen die materiellen Existenzbedingungen der einzelnen Länder.

Kein Land, kein Volk kann sich normal entwickeln, wenn es von Außen durch irgend welche Fremdherrschaft, durch rohe, auf einer niederen Kulturstufe stehende Eroberer bedrängt und bedrückt wird. Der Widerstand gegen solche Fremdherrschaft oder Herrschaftsgelüste ist ein Patriotismus, der sich mit der Internationalität der Gesinnung sehr wohl vereinigen läßt. Ebenso der Widerstand gegen jeden, dem Lande, in dessen Mitte man lebt und wirkt, willkürlich aufgedrungenen Krieg. So sind die Gründer der Internationalen Arbeiter-Assoziation für die Unabhängigkeit Ungarns, für die Einheit Italiens, für die Einigung Deutschlands (freilich nicht die unter der Pöbelhaube) und für die Wiederherstellung Polens

eingetreten, so würden bei dem Versuch, die Unabhängigkeit der Schweiz anzutasten, unsere schweizerischen Genossen zuerst zur Fahne eilen, so unterstützen heute Englands Sozialisten die Forderung der irischen Homeuler, ohne sich Illusionen darüber hinzugeben, daß die Herren Parnell, Dillon, O'Brien Bourgeois vom edelsten Kaliber sind.

Und in diesem Sinn, dafür bürgte uns keine Vergangenheit, konnte allein Liebknecht das Wort Patriotismus gebrauchen, und der Zusammenhang seiner Rede bestätigte es. Aber wir wollen es darum denen nicht verargen, die an dem Wort Anstoß nahmen, es hat im heutigen Deutschland mit Recht einen zu üblen Klang. Man kann ja, was noch heute an ihm zulässig ist, auch durch andere Worte ausdrücken. Das zeigt die obige Erklärung Liebknecht's, von der wir überzeugt sind, daß sie den Beifall aller Genossen weit und breit haben wird.

Ein Monat Gefängniß für ein Menschenleben

— das ist die Tare der Klassenjustiz der Besitzenden, wenn es sich um das Leben eines Proletariats handelt. Der leibliche Zweifel an der Vollkommenheit eines getränkten Weines, der bloße Verdacht, möglicherweise durch Weitergabe eines verbotenen Glases eine „geheime Verbindung“ gebildet zu haben, ein unbedachtes Wort der Verachtung über einen Verräther an der Sache seiner Kameraden hat im Reich der Gottesfürcht und frommen Sitten mehrmonatliche, ja jahrelange Gefängnisstrafe für den unter Auflage Gestellten zur Folge, aber einen Menschen durch Fahrlässigkeit, verübt unter Umständen, die dieselbe gradezu als Mord qualifiziren, dem Tod preisgeben, das hält ein deutsches Gericht, das hält ein deutscher Staatsanwalt, der amtlich bestellte Hüter des Rechtes, für ein kleineres Vergehen, für das eine Haft von einem Monat vollstaus genügt ist. Und die gekümmte Presse findet daran nicht nur nichts zu kritisiren, sondern zeigt noch dadurch ihre Parteilichkeit für den Mörder, daß sie in ihrem Bericht über den Prozeß nur die Anfangsbuchstaben seines Namens nennt, damit der blanke Schind des Verbrechens rein bleibe von dem Schimpf — den Tod eines Menschen auf dem Gewissen zu haben? Nicht doch, das vertritt der gute Ruf schon, aber vier Wochen hinter Schloß und Riegel zugebracht zu haben.

Aus Göttingen in Mellenburg wird der nationalliberalen „Kostener Zeitung“ unterm 1. Februar folgende Gerichtsverhandlung mitgetheilt:

Der Göttinger K. u. K. hatte sich gestern vor der hiesigen Strafkammer wegen fahrlässiger Tödtung zu verantworten. Der Angeklagte M., welcher seit dem Jahre 1885 bei dem Angestellten dienete und sich stets gut führte, fuhr am 3. September mit dem Angestellten nach St., und als er Abends heimkehrte, schaute er das Abendessen ab, der Köchin sagend, daß er sich schlecht befände. In der Nacht wurde der Zustand des Kranken schlimmer, durch die Köchin, den Wirthschaftsleiter und die Braut wurde dem Angestellten Kenntniß von der Krankheit; er kümmerte sich jedoch um den Kranken nicht, sondern wies die Bitten um einen Arzt ab, mit dem Bemerkens, es sei die bekannte Knechte-Krankheit. Am die Mittagszeit theilte der Wirthschaftsleiter dem Angestellten die Krankheitsursache, Harnverhaltung, mit, am Nachmittage erholte die Mutter des Kranken, welche durch einen Tagelöhner Kenntniß von dem Zustande ihres Sohnes erlangte, den Angestellten bittend, einen Arzt herbeizuschaffen, aber ohne Erfolg. Am Abend gingen Mutter und Braut wiederum zu dem Angestellten und batem um Hülfe, mit dem Zusatz, die Kosten selbst tragen zu wollen; die Mutter der Braut, die Köchin, der Wirthschaftsleiter unterstühten die Bitte, jedoch vergeblich. Auf die Nachricht, daß der Zustand des Kranken sich nicht gebessert habe, gab der Angestellte am nächsten Morgen Auftrag, einen Arzt zu holen, jedoch sollte der Betreffende vorher noch andere Dienste verrichten; als der Arzt gegen 9 Uhr eintraf, fand er eine Leiche vor, unter großen Qualen war der Tod bereits eingetreten. Der Arzt entfernte durch einen Stich das Wasser, welches etwa einen Fuß hoch hervorströmte, und war der Ansicht, daß das Leben bei rechtzeitiger Hilfe zu erhalten gewesen. Herr Ober-Medizinalrath Dr. Madelung aus Hildesheim erachtete, daß der Tod durch Harnverhaltung eingetreten; das Leben sei zu erhalten gewesen, wenn die Hülfe rechtzeitig, 12 Stunden vor dem Tod, zur Hand gewesen wäre. Der Angeklagte will die Ursache der Krankheit nicht gekannt, sondern diese für eine vorgebliche gehalten haben, was häufig der Fall gewesen, seitdem er keine Anedote wegen Harnverhaltung habe bestrafen lassen. Die Staatsanwaltschaft stellte zum Ermessen des Gerichts, ob die Behauptung des Angeklagten, daß er erst am 5. September von der Ursache der Krankheit unterrichtet, wahrhaftig sei, und beantragte für den Fall eine Gefängnisstrafe von 1 Monat. Das Gericht hielt die Schuld für erwiesen und erkannte auf Grund des § 222, 1 auf die beantragte Strafe.

Ist eine schmachvollere Justizfarce denkbar? Könnte für den K. — hoffentlich sehr einer seiner Leser in dortiger Gegend und in den Stand, den Genossen mit voller Namensnennung an den Pranger zu stellen — nach der vierfachen Weisung noch ein Zweifel bestehen, daß der Kutscher wirklich schwer erkrankt? Absolut keiner. Hätte es sich um eines seiner Pferde gehandelt, er wäre sicher in den Stall gegangen, nachzuschauen und hätte zum Thierarzt geschickt; wäre der Kutscher sein wirklicher Sklave gewesen, er hätte ihn nicht unbekümmert verderben lassen, denn dann hätte er ja einen Vermögensverlust, einen Kapitalverlust von so und so viel taufend Mark, riskirt. Aber auf einen „freien“ Lohnsklaven, was kommt es da an! Stirbt er, so stellt man einen andern an, und die Sache ist erledigt. Und der Staatsanwalt stellt es dem Ermessen des Gerichts anheim, ob die Kunde des Mörders, er habe erst am fünften Sept., d. h. am dritten Tage, von der Erkrankung erfahren, durch die vier Gegenzeugen überhaupt widerlegt sei, und für diesen Fall, also den vollen Beweis der Schuld, beantragt er für ein Vergehen, für welches das Strafgesetzbuch Gefängniß bis zu drei Jahren festsetzt — einen Monat Gefängniß!

*) „Knechtekrankheit“, schreibt das „Berl. Volksblatt“, dem wir diese Notiz entnehmen, ist ein Ausbruch, den die mellenburgischen Göttinger erfunden haben, und den sie immer anwenden, wenn einer ihrer Diensten sich krank melde, der Dienstherr dessen Arbeitslohn aber nicht entbehren will. „Knechtekrankheit“ wird dem Kranken erwidert, und er muß an die Arbeit, wenn er sich auch kaum aufrecht erhalten kann.“

Ein wahrer Hohn auf die „Gleichheit vor dem Gesetz.“ Die Richter aber stellten sich wie der Staatsanwalt auf den kranken Klassenstandpunkt, daß der Tod eines Proletariats eine geringfügige Sache ist, und erlösen nach Wunsch auf den 36ten Theil des vdm Gesetz vorgeschriebenen Strafmaximums.

Den 36ten Theil? O, das ist noch viel zu geringlich gerichtet. Der Paragraph 222 des Reichs-Strafgesetzbuchs hat noch einen zweiten Absatz, wonach die Strafe bis auf fünf Jahre Gefängnis erhöht werden kann, wenn der Thäter zur der Unmündigkeit, welche er aus dem Mangel feste, Vermögen seines Amtes, Berufes oder Gewerbes besonders verpflichtet war.“ Das trifft hier, wo der Thäter der Dienstherr des Getödeten war, unbedingt zu. Wir haben die mecklenburgische Gefindeordnung nicht zur Hand, aber unweifelhaft statuiert sie die Pflicht des Dienstherrn, für ärztliche Pflege des Gefindes zu sorgen; dieselbe ist das unerlässliche Korrelat der vielen, zum Theil unerhörten Mißthate, welche die Gefindebedingungen den Herren zuzurechnen. Von diesem zweiten Absatz aber schmeigen Staatsanwalt und Richter, er hätte es ihnen unmöglich gemacht, den Mörder so leichtem Kaufes davonkommen zu lassen.

Ja, man kann sogar die Frage aufwerfen, ob in dem vorliegenden Falle nicht der § 221 des Reichs-Strafgesetzbuchs, Absatz 3 zutrifft, der für denjenigen, der eine unter seiner Obhut stehende Person in hilfloser Lage vorfindet, Zuchtband nicht unter drei Jahren festsetzt. Ja Rädorfs Kammer zum Reichs-Strafgesetzbuch werden ausdrücklich Dienstherrschäften als die unter diesen Paragraphen fallenden Verbrechen bezeichnet. Kurzum, man sieht, daß die bei der Abfassung des Strafgesetzbuches maßgebenden Grundzüge durch das vom Landgericht Göttraw gefällte Erkenntnis in schändlicher Weise auf den Kopf gestellt worden sind zu Gunsten des Gutsbesizers und gegen das Opfer desselben, den armen Proletarier.

Und schließlich müssen wir noch auf Folgendes aufmerksam machen. Der Kranke war mit dem „Herrn“ nach der Stadt gefahren, und als er heimkehrte, erkrankte er und die Ursache seiner Krankheit war: Harnverhaltung. Das ist ein vieldeutiges Wort, die Harnverhaltung kann durch eine schon vorhandene Krankheit der Harnorgane bedingt, sie kann aber auch eine willkürliche, d. h. eine Folge von Übermäßiger Zurückhaltung des Harns sein. Bei dem Geiste des Gutsbesizers, der durch seine eigene Angelegenheit, er habe seine Knechte wegen Harmonika-Spielens — also eines ganz harmlosen Vergnügens, bestrafen lassen — zur Wange gelassen, ist, ist sehr gegen eine anzunehmen, daß er seinem Kranken nicht die Zeit gelassen, seine natürliche Lebensfunktion zu verrichten, und so nicht nur den Ausgang der Erkrankung, sondern die Ursache selbst auf dem Gewissen hat. Jedenfalls hätte auch diese Frage das Gericht beschäftigen müssen.

Aber es war ja nur ein Proletarier! Woju da lange unteruchen. Der arme Gutsbesitzer ist durch die vielen Unannehmlichkeiten und Scherereien, die ihm die Geschichte verursacht, ohnehin hart genug bestraft. Und vier Wochen Gefängnis sind ja keine Kleinigkeit. Hoffentlich hat die Gefängnisverwaltung ein Fischen und behandelt den Mann „standesgemäß“. Er ist unweifelhaft ein guter Christ und Patriot.

Das ist die Gerechtigkeit des Klassenhais. Das ist der Preis des Arbeiterlebens im Staate des praktischen Christenthums. So wird der Proletarier behandelt im Kaiserlande der christlich-sozialen Arbeiterfreunde. Merkt's Euch, Proletarier in Stadt und Land, prägt's Euch tief ein und erkennt daraus die Nothwendigkeit der Organisation zum Widerstande gegen solche Schmach. Mit dem Mörder aber und den seinen Verbrechern des Rechts

an den Pranger!

Die Vertheuerung des Brodes und die Getreidezölle.

Aus der Rede des Genossen Vebel in der Reichstags-Sitzung vom 31. Januar 1889.
(Nach dem amtlichen stenographischen Berichte.)

„Nun ist im letzten Jahr, wie wir alle wissen, eine theilweise Mißernte eingetreten, und es war voraussehen, daß dieser Umstand in allererster Linie dazu beitragen würde und mußte, den hohen Zoll auf Getreide in Deutschland dem Volke durch die eintretende Vertheuerung des Brodes und Mehles klar zum Bewusstsein zu bringen. In der That ist dies auch geschehen. Ueber die Art und die Höhe, in welcher das geschehen ist, bestehen vielfach Irrthümer, Streitigkeiten und Meinungsverschiedenheiten.

Meine Herren, ich habe mir die Mühe genommen, im Kreise meiner Parteifreunde Umfrage in ganz Deutschland zu halten, um einmal festzustellen, in welcher Höhe das Brod und Mehl in der Periode von der letzten Ernte bis zu Anfang dieses Jahres im Preise sich verändert hat. Die Umfrage erstreckte sich auf etwas über hundert Orte in den verschiedensten Gegenden Deutschlands, und von diesen über hundert Orten habe ich 92 für den vorliegenden Zweck brauchbar befunden. Ich habe die Angaben aus denselben entsprechend bearbeitet und kann Ihnen da folgendes Resultat mittheilen.

Von diesen 92 Orten ist in 11 Orten das Pfund um 1 Pfennig im Preise gestiegen, in 21 Orten um 1 1/2 Pfennig, in 29 Orten um 2 Pfennig, in 17 Orten um 2 1/2 Pfennig, in 11 Orten um 3 Pfennig und in 3 Orten um 4 Pfennig. Ich habe mich aber damit nicht begnügt; ich habe zugleich auch Untersuchungen anstellen lassen, wie hoch der Durchschnittsbedarf verschiedener Arbeiterfamilien ist, um darnach ermitteln zu können, wie hoch die jährliche Mehrbelastung, die aus dieser Vertheuerung des Brodes einer Arbeiterfamilie erwächst, zu schätzen ist. Die Resultate, die ich dabei gewonnen habe, sind folgende.

Doch ich will zuvor noch eins bemerken. Es hat sich bei der Aufstellung dieser Statistik herausgestellt, daß der Verbrauch der einzelnen Arbeiterfamilien ein sehr verschiedenes ist; die Differenzen im Verbrauch schwanken pro Kopf und Woche zwischen 4 und 9 Pfund. Die Gründe dieser Schwankungen sind natürlich sehr verschieden. Sie sind zunächst darin zu suchen, ob die Familie eine ordentliche Mittagsmahlzeit ihren Angehörigen zu geben im Stande ist, und zwar nach Quantität wie nach Qualität. Sie sind weiter darin zu suchen, ob etwa am Abend neben dem Brode auch noch Suppe, Kartoffeln und dergleichen verabreicht werden. Sie sind ferner darin zu suchen, wie groß, d. h. wie alt die Kinder der Familie sind, die als Brodeserwerfer angesehen werden. Denn daß es einen wesentlichen Unterschied im Brodesverbrauch macht, ob eine Familie 3 Kinder im Alter von 2 bis 6 Jahren oder im Alter von 6 bis 14 Jahren hat, das liegt auf der Hand. Endlich hängt der Brodesverbrauch auch wesentlich ab von der Beschäftigung, die der Mann hat; z. B. wird ein Weber oder Schneider nach der allgemeinen Lebenshaltung inmerhalb dieser Kreise erheblich weniger Brod gebrauchen, als etwa ein Gerber. Auch nach dieser Richtung habe ich Beobachtungen zu machen Gelegenheit gehabt.

Nun habe ich bei den verschiedenen Preissteigerungen per Pfund eine Skala aufgestellt für den Wochenverbrauch bei 4, 6 und 7 Brodeserwerfern, und dabei folgende Resultate erlangt:*) Bei 4 Brodeserwerfern ist die Mehrerausgabe per Jahr, wenn das Pfund um 1 Pfennig im Preise steigt, durchschnittlich 15,20; bei 6 Brodeserwerfern 21,20; bei 7 Brodeserwerfern 22,20. Bei einer Preissteigerung des Brodes um 1 1/2 Pfennig per Pfund ergibt sich eine jährliche Mehrerausgabe: bei 4 Brodeserwerfern 23,20; bei 6 Brodeserwerfern 35,20; bei 7 Brodeserwerfern 46,20. Bei einer Preissteigerung des Brodes um 2 Pfennig per Pfund ergibt sich eine jährliche Mehrerausgabe: bei 4 Brodeserwerfern 30,20; bei 6 Brodeserwerfern 46,20; bei 7 Brodeserwerfern 51,20. In dieser Rubrik ist mir auch von einem Betragnen eine Familie mit 8 Brodeserwerfern genannt worden, für welche die jährliche Mehrerausgabe nicht weniger als 97,20 Mark beträgt.

(Hört! links.)

Bei 2 1/2 Pfennig pro Pfund Preisverhöhung stellen sich folgende Ergebnisse an jährlicher Mehrerausgabe heraus: bei 4 Brodeserwerfern 31,20

Mark; bei 6 Brodeserwerfern 46,20; bei 7 Brodeserwerfern 59,20. Bei 3 Pfennig Vertheuerung des Brodes ergibt die jährliche Mehrerausgabe folgendes Resultat: bei 4 Brodeserwerfern 36,20; bei 6 Brodeserwerfern 56,20; bei 7 Brodeserwerfern durchschnittlich 61,20 Mark.

Dort endlich, wo das Pfund 4 Pfennig theurer wurde, was sich in meiner Aufstellung nur auf 3 Orte bezieht — es sind merkwürdigerweise kommt und jenseits kleinere Orte —, ergeben sich folgende Resultate. Der Mehrverbrauch per Jahr beträgt bei 4 Brodeserwerfern 36,20 bis 58,20; bei 6 Brodeserwerfern 67,20 bis 87,20; bei 7 Brodeserwerfern 69,20 bis 101,20. Die Durchschnittsziffern sind 47,20, 77,20, 85,20. Im ganzen ergibt sich folgendes. Von diesen angeführten 92 Orten ist in 29 das Brod im Preise um zwei Pfennige pro Pfund, in 32 um weniger als zwei Pfennige bis zu einem Pfennig, in 31 Orten ist es über zwei Pfennige bis zu vier Pfennigen gestiegen.

Wenn Sie diese Zahlen betrachten, werden Sie nicht bestritten können, daß die Mehrerausgabe, die nunmehr durch den Kornzoll unseren deutschen Arbeiterfamilien erwachsen ist, eine sehr erhebliche genannt werden muß. Es unterliegt für mich keinem Zweifel, daß, wenn der Kornzoll nicht bestände, diese Preisverhöhung nicht eingetreten wäre. Es ist wahrscheinlich, daß ohne Kornzoll die Brodpreise früher billiger geworden wären und daß durch die Milderung die Preise höher sich gestellt hätten; aber zu der jetzigen Höhe hätten sie unmöglich ohne die Kornzölle kommen können. Ein Roggenzoll, der mit 50 Mark bei 20 Jentnern in Betracht zu stehen ist, der also fast ein volles Drittel des Marktpreises repräsentiert, muß doch notwendigerweise in hohem Grade im Inlandpreise des betreffenden Materials zum Ausdruck kommen.

Aber die hier von mir angeführten Zahlen werden noch ungünstiger, wenn Sie beachten, daß in fast allen von mir vorgetragenen Fällen das Fleisch der Arbeiterfamilien, soweit es aus Semmel und Broden besteht, nicht inbegriffen ist. Gekochenes ist die Mehrerausgabe für Mehl in Betracht gezogen, welche die Arbeiterfamilien für Mehlspeisen, für Suppen und dergleichen alljährlich aufzuwenden haben. Denn da das Brod im Preise gestiegen ist, selbstverständlich das Mehl ebenfalls entsprechend im Preise in die Höhe gegangen.

Fassen wir die angegebenen Mehrerausgaben in's Auge, so stellt sich als unabweisbar heraus, daß je nach den Einkommensverhältnissen einer Arbeiterfamilie die jährliche Mehrerausgabe für Brod unter Umständen 15, 12, 10 Prozent bis herab zu 3 Prozent des Einkommens beträgt. In sehr vielen Familien, die hauptsächlich auf Brod angewiesen sind, und wo der Durchschnittsverdienst nicht unter 600 Mark pro Jahr beträgt, kann man mit Arg und Recht annehmen, daß die aus diesem Kornzoll erwachsende Mehrerausgabe sich auf 12 1/2 bis 15 Prozent des Einkommens beläuft.

Meine Herren, Sie werden anerkennen müssen, daß diese Belastung, die unserer Arbeiterklasse aus dem Getreidezoll erwachsen ist, eine geradezu erdrückende genannt werden muß, um so erdrückender, wenn wir andererseits in Vergleich ziehen, wie unsere bescheidenen Klassen allüberall befreit sind, die Last der Steuern möglichst von sich abzuwälzen. Wenn eine Regierung oder nur eine Partei im Parlament auftreten wollte und wollte fordern, daß eine direkte progressive Einkommensteuer in dem Maßstabe erhoben werde, daß die reichsten Leute 12 1/2 bis 15 Prozent ihres Einkommens alljährlich zu bezahlen hätten, dann wollte ich einmal das Geschrei hören, was da laut würde.

(Sehr wahr! links.)

Dann würde man einstimmig und nachdrücklich erklären, das sei ja eine wahre Raubpolitik, eine Konfiskation des Vermögens! Und doch würde das nur die reichsten Leute treffen, die 12 1/2 und 15 Prozent ihres jährlichen Einkommens recht gut an den Staat abgeben könnten, ohne im allergeringsten in die Lage versetzt zu werden, sich einschränken zu müssen. Aber, meine Herren, Sie erheben fast ausschließlich 12 1/2 und 15 Prozent von dem sehr schmalen Einkommen zahlreicher Arbeiterfamilien auf dem indirekten Wege, ohne daß der Arbeiter in der Lage ist, auf irgend eine Weise diese Hindernisse abzuwehren oder Mehrerausgabe einzudringen zu können.

Während noch vor zwei Jahren in der uns zugegangenen Statistik sich herausstellte, daß das Durchschnittseinkommen der in den Unfallversicherungsvereinigungen befindlichen Arbeiter 611 Mark betrug, findet wir in der Statistik des letzten Jahres, die bekanntlich das Jahr 1887 umfaßt, daß das Durchschnittseinkommen auf etwas über 618 Mark gesunken ist, also um mehr als 3 Prozent. Und wenn wir die einzelnen Berufsgenossenschaften in den beiden Jahren vergleichen, finden wir wieder, daß zwar ein Theil derselben eine Erhöhung der Löhne aufweist, daß aber die Mehrheit derselben eine zum Theil recht erhebliche Verminderung der Löhne nachweist. Wir müssen aber, meine Herren, weiter festhalten, daß unter dieser Lohnstatistik gerade jene Arbeiter nicht mit inbegriffen sind, die, durchschnittlich genommen, den niedrigsten Verdienst haben, nämlich die zahlreichsten Hausindustriellen im deutschen Reich, die Handwerker, Strumpfwirler, Posamentierer, Leinwand u. s. w., Arbeiter, deren Familienlohn sich auf mehrere Millionen beläuft, die ein Einkommen haben, das man wohl durchschnittlich auf weniger als 500 Mark ansetzen darf.

Es geht auf die Dauer unmöglich, daß Sie, die Sie fortgesetzt bei jeder Gelegenheit von der nationalen Ehre, von Patriotismus, von den Pflichten des nationalen Mannes, das Vaterland zu verteidigen und Opfer für die Verteidigung zu bringen, sprechen, — daß Sie, meine Herren, durch dieses System der indirekten Steuern und Zölle die materiellen Lasten für die Verteidigung des Patriotismus und die Verteidigung des Vaterlandes vorzugsweise dem armen Manne aufzulegen.

(Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Denn die Lasten, die heute in unserem Budget figuriren, sind in drei Vierteln und mehr auf dem Wege der indirekten Steuer angebracht, und es steht im schärfsten Widerspruch mit der Gerechtigkeit und Ihren angeblichen sozialreformatorischen Bestrebungen, wenn Sie auch fernerhin ein solches Steuer- und Zollsystem anrecht erhalten wollen.

(Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Sozialpolitische Rundschau.

London, 14. Februar 1889.

— Vom Reichstag und vom Reichskanzler. Die sozialpolitischen Debatten verliefen sehr ruhig. Bismarck, der, solange er sich im Besitz unbeschränkter Macht wußte, seinen Gegnern gerne im Reichstag die Stirne bot, weil er entweder einer Majorität sicher war oder die Majorität verachten konnte — ist jetzt merklich zaghaft geworden, ein Beweis dafür, daß es ihm, wie schon bei dem Attentat Coblen, und später noch bei mehreren anderen Anlässen sich offenbarte, im Grunde an persönlichem Muth fehlt. Er plänkelte ein wenig gegen die Fortschrittler, schwanzte Trivialitäten und trank so viel Cognac („ungewässert, unverändert“), daß er kalte und daß den Zuschauern die Augen übergingen — fast ebensosehr wie ihn selbst — freilich nicht aus den gleichen Ursachen.

Der Verfasser der „Dynastie Bismarck“ in der Contemporain Revue hat ganz recht — wir hatten es übrigens schon weit früher gesagt — der Chef der „Dynastie“ ist gar sehr gealtert und in raschem Verfall begriffen — geistig noch mehr als körperlich. Er würde Mitleid erregen, hätte er es nicht durch die Gemeinheit seines ganzen Lebens verschert.

Noch ungleich verächtlicher war seine Haltung in der Debatte über die Gelfen-Affäre. In allen Zeitungen hatte gestanden, die Oppositionsparteien würden diesen Justizstand bei der dritten Lesung des Etats zur Sprache bringen. Er war also gewissermaßen in besserer Form herangeführt. Der Tag des Duells kam heran, das Publikum drängte sich zu den Tribünen, und kurz vor Beginn der Sitzung versammelte sich auch vor dem Reichstagsgebäude die schlecht verkleidete, jedoch wohlgekleidete Horde von geheimpolizeilichen Strolchen mit den

bekanntem Hallenkeuschhosen, — und richtig, kurz nach Beginn der Sitzung schlüpfte ER selber schon wie ein Dieb in der Nacht aus einer reich vorfahrenen Kutsche, gefolgt von seinem nicht minder schon dreinblühenden Thronfolger in sp. und sie hirschten durch den für sie bereit gehaltenen Separatgang in das Bundesrathszimmer. Die Getreuen schloffen die Thür; ER war da, und wird im entscheidenden Moment als deus ex machina wie ein Wetterstrahl unter die Feinde fahren und an SZKRE arg beschmutzten Fahnen den Sieg fesseln. Die armen Gelfen! Der Angriff der Feinde begann. Neugierig schaute der neue Justizminister Schelling, des Naturphilosophen Schelling berühmter Sohn, der bloß zu dem Zwecke angestellt worden war, die selbst dem servilen Friedberg zu unsaubere Gesellen-Affäre auszuweichen — ängstlich und immer ängstlicher schaute er nach der Tapetenthür, durch die der rettende „Genius des neunzehnten Jahrhunderts“ erscheinen sollte. Umsonst! Die spizen vergifteten Pfeile, die der Fortschrittler Munkel trefflicher und kalt lächelnd abwehrte, schwirren, einer nach dem anderen, in's Schwarze. Lautlos hörte der Reichstag die schweren Anklagen — unter den Kartellbrüdern nur verlegte Gesichter. Der Schelling, schon zu Vassalle's Zeiten ein schamloser Vettel der Gewaltthäter, seitdem durch Währliche Praxis in der Schamlosigkeit zur Meißerhaft vervollkommen — er wählte sich den Anglistenwitz von der fettgepolsterten Stuhl und nahm das Wort zur Verteidigung des Angeklagten, der es vorzogen hatte, durch Abwesenheit zu glänzen, obgleich er wenige Schritte entfernt in seinem Bundesrathszimmer sah und durch seinen Erstgeborenen, der dann und wann in den Reichstags-Saal eintrat und sich über den Stand der Dinge unterrichtete, genau wußte, wie alle seine Getreuen auf JH, auf das Erscheinen des deus ex machina ihre einzige Hoffnung setzten. Sie hofften umsonst. Schelling stotterte eine lahme Entschuldigung und ein paar juristische Sophismen, so fadenähnlich und durchsichtig, daß nicht einmal der jüngste Landrath sich zu einem Bravo aufzuringeln vermochte. Und nachdem der Schelling, schwächelnd und unter erdrückendem Schweigen der Reichstagsmajorität, von keinem der zahlreich versammelten Minister und Bundesrathsmitglieder durch einen sympathischen Blick getröstet, sich niedergesetzt hatte, ergriff Windthorst das Wort, um in wenigen Minuten die Süßigkeit jahrelang zurückgebrängter und konzentrierter Nache zu genießen. Er hat seine Kenne abgehabt. Mit gramvoller Bitterkeit ergriff die Spinnweben der Schelling'schen Sophisterei und bohrte die Speer undarmherziger Logik in das Herz des angeklagten Todfeindes. Und der Schelling wußte sich verzweifelt den immer stärker rinnenden Schweiß von der Stirne, blühte nochmals verzweifelt nach der Tapetenthür, in welcher der Reiter nicht erschien, und raffte sich dann verzweifelt zu einer zweiten Verteidigungsrede auf, die aber noch jämmerlicher ausfiel als die erste. Die Schlacht war verloren. Kein Bewachen, kein Marquardien, kein Karborff erhob sich, ihm Hilfe zu leisten. Die Matten merkten, daß das Schiff am Sinken ist. Und es bedurfte nicht der erneuten Keulenstöße Windthorst's, um der Gelamtheit der Kartellbrüder in diesem Kartell-Reichstag es zum peinlichen Bewußtsein zu bringen, daß ER moralisch verurtheilt war. Während die in der Person ihres Abgotts Geschlagenen stumm und betrübt einander anschauten, drückte ER sich in aller Stille und fuhr, gefolgt von seinem Thronfolger und den fünfundsiebzig Epikuren nach Haus.

So endigte die Schlacht. Das war keine Niederlage — das war mehr: eine moralische Hinrichtung.

Und das Schicksal für JH — ER hat sich schuldig bekannt und ER ist feig gewesen — er hat SZKRE Armee im Stich gelassen. Das vergessen JH selbst seine Wammetzen nicht. Das Verhängnis, der Glaube an die Größe, die Uebermenslichkeit und den Erfolg des Höheren ist dahin, unabweisbar dahin. Von solchen Niederlagen erholt man sich nicht wieder.

Und neben dem eifersüchtigen Reichskanzler ist noch ein Linder moralisch hingerichtet worden, oder richtiger eine Sünnerin: die deutsche Justiz — die deutsche Justiz, die in der Person des preussischen Justizministers, d. h. des Justizministers des im deutschen Reich herrschenden Bundesstaats sich zur Wirthschaft des eifersüchtigen Reichskanzlers gemacht hat und verdientermaßen neben JH im deutschen Reichstag angehängt der zivilisirten Welt an den Galgen gehängt worden ist.

Wäre Deutschland ein „wildes“ Land in dem Sinne des Wüster und des sonstigen Aepfelbades, d. h. wäre es ein Land, in welchem die rohe Gewalt durch Sitte und Gesetz in ihrer „Freiheit“ (à la Bismarck) bechränkt wäre, so würde der oberste Gerichtshof des Landes demnach über den Frevel zu Gericht sitzen, der am 5. Februar im Reichstag bloß moralisch hingerichtet worden ist. Aber da müßte ja auch der andere Frevel gepakt werden, und außer ihm noch die zahllosen Wirthschaftlichen, und schließlich müßte das Reichsgericht in seine eigene Mitte greifen und Einen nach dem Anderen auf die Anklagebank schleppen, bis schließlich das ganze Reichsgericht mit 1/2 der Anklagebank sähe, und die sämtlichen Reichsamwälte, der Tesendorf an der Spitze. Und wo wären da die Richter und die Ankläger zu finden, wenn die berufenen Richter und Ankläger selbst auf der Anklagebank sind?

Die Zeit wird kommen, wo die Ankläger und Richter aus den Reihen des souveränen, seiner Ketten entledigten Volkes hervorgehen werden — die Zeit ist aber noch nicht da.

Das Bürgerrecht des 5. Februar wird indeß nicht ohne sensible unmittelbare Folgen bleiben: der rapide Verlust der Quantität Bismarck und des durch sie zu klassischem Andruak gedragten Dynastensystems wird noch wesentlich befeuert.

Der Debatte über den Gelfen-Fall, an der sich unersichtlich Sabotage betheiligte, ging die Generaldebatte der dritten Lesung des Etats voraus. Ueblich ist es bei dieser Gelegenheit die Angriffe zurück, welche folgendes vom Staatssekretär von Bütticher und dem Staatsmann in partibus Venizianen gegen seine erste Staatsrede gerichtet worden waren; er freiste hierauf verschiedene bedeutsame Fragen und zeigte, wie die wouldbe (Wöde gen) „Lobengräber der Sozialdemokratie in Wirklichkeit die Geburtsheifer der sozialen Revolution sind.

— Die Enthüllungen über die Veben-Affären des verstorbenen österreichischen Kronprinzen und speziell die Veben-Affäre, die ihm das Leben gekostet, hören nicht auf. Wir haben keine Lust, hier weisheitsvoll auf die Einzelheiten und die verschiedenen Versionen, in denen die Schlusafastrophe dem Publikum dargestellt wird, einzugehen — wir konstatiren nur als allgemein zugegeben, daß eine Baronin Bettina, eine viel unvorbedene Schönheit aus der Wiener Noblesse, zugleich mit Rudolf, von dem sie im vierten Monat schwanger war, eines gewaltigen Lobes gekostet ist. Ob sie ihn aus Eiferlust erschoss und dann sich selbst das Leben genommen, oder erst der Förster Werner den Rudolf, den er bei seiner Frau überrollt, angeschossen und dieser dann vor Wuth oder Scham sich das Leben genommen, oder ob Rudolf, was uns am ungläublichsten scheint, in romantischem Liebeswahn sich mit seiner Favoritin freiwillig das Leben genommen, das ist allenfalls wünschlich von Interesse, vollständig aber ist es höchst gleichgültig. Nicht gleichgültig aber ist es, daß der österreichische Thronfolger seit Jahren ein so lächerlich wüdes Leben geführt, daß die Hofkammer als Entschuldigung und zur Beschönigung der skandalösen Umstände seines Todes keine bessere Entschuldigung vorzubringen, als daß sie ihn als geisteskrank hinstellen. Der Erbe des österreichischen Thrones, der edelste und geistreichste der Habsburger verreckt — wenn das kein Stoß in's Herz der Monarchie ist, dann hat es nie einen gegeben.

Niemals, seit Königgrätz — schreibt man uns aus Wien — sind hier so viele Majestätsbeleidigungen ausgesprochen worden, wie seit der Riesler'schen Katastrophe. Die Bevölkerung denkt ganz anders, als wie das korrupte Hofgesindel schreibt. Und sie äußert ihre Meinungen nicht etwa im Geheimen, nein, öffentlich, in den Räde's, auf der Pferdebahn, überall. Anfangs wurden die „Majestätsbeleidiger“ verhaftet, dann aber wurden es ihrer zu viele, und man hat, als hört man es nicht. Die Gerechtigkeit ist zum Teufel, und speziell von Rudolf spricht man nur noch per Lumy, Schweinigel u. s. w.

Es ist merkwürdig, alle diese Thronfolger genießen den besten Unterricht, die sorgfältigste Erziehung — kaum aber treten sie in das reifere Alter, so werden sie — und seien sie noch so gut veranlagt gewesen — zu rohen, blästrigen Genuesen, in denen jede edlere Meinung erstirbt ist. Aus dem „hoffnungsvollen Jüngling“ wird ein hoffnungs-

*) Der größeren Uebersichtlichkeit halber lassen wir in der nachfolgenden Zusammenstellung die Höchst- und Mindestzahlen fort und geben nur die Durchschnittsziffern an.

Isler Augenlicht. Ist das Zufall? Nein, es ist die nothwendige Folge der so verrotteten, mit dem Geist des Jahrhunderts im schroffen Widerspruch stehenden Institution des Gottesgnadenthums, Gottes Gnade! Sie zeigt sich wohl darin, daß in allen Regentenhäusern Europas der Wahnsinn rasche um sich greift?

Antwort, ihr Soldatensöhne der getränten Narren!

— Aus München wird uns geschrieben:

Keiner der gewissenlosesten Schleppträger der herrschenden Reaktion in Deutschland, einer der ehrlosesten Schurken, die je die Erde getragen, der Münchener Polizeikommissar Michael Gehret, auf Grund seiner verschiedenen meisteidigen Jugend-Auslagen der **Meinungs-Michel** genannt, ist vorige Woche gestorben. Sein Tod war eines Buben, der aus Eigenmuth und politischem Haß über viele Familien maßloses Leid gebracht, durchaus würdig; der verräthliche Mensch ist bei lebendigem Leibe verfaul't, nachdem er im letzten Münchener Wechselhandsprozeß ungeschädelt vier Verurtheilte, sich durch neue Meinungen zu retten, den moralischen Todesstoß erlitten. Von ihm kann man wirklich sagen, ihn hat die Nemesis erreicht. Fort mit ihm in's Reich der Vergessenheit!

Bezeichnend für unsere hiesigen Zustände ist das Verhalten des Hauptorgans des Liberalismus in München. Mit einem Freimuth, den man gar nicht mehr an ihnen findet, brachten die hiesigen Neuesten Nachrichten, im Anschluß an den letzten Sozialisten-Prozeß, einen Artikel, in dem Michael Gehret in schärfster Weise mitgenommen, die Unglaublichkeit dieses Schurken mit vernichtender Logik nachgewiesen wurde. — kurz, in ihrer Art eine vollständige Verurtheilung desselben. Ja, am 2. Februar noch, als es bekannt wurde, daß der fahrende Polizeikommissar gestorben, brachten die Neuesten Nachrichten! — lausend nur die Notiz von seinem Tode. Zwei Tage darauf aber schreibt dasselbe Blatt einen Nachruf, der an heroischer Vohndelict seinesgleichen nicht. Einen hohen Grad von Geschicklichkeit (mit Eiden umzugehen), Gewissenhaftigkeit (im Handhaben der Gesetze) und Pflichttreue (à la Jhring-Maslow) habe Gehret entwickelt, u. i. w., u. i. w. — mit einem Wort, das liberale Blatt schenkt sich nicht, grade das direkte Gegenheil von dem, was es selbst anlässlich des letzten Sozialistenprozesses geschrieben und was richterlich ausdrücklich festgesetzt worden, dem Publikum aufzutischen. Und warum? Nun, der Artikel ist von der Polizei verfaßt, und mit der muß man sich gut stellen, denken die Herren; es nicht dem Geschäft.

Ist eine größere Charakterlosigkeit denkbar?

— **Verfälschung.** Wie unsere Leser bereits aus der Tagespresse ersehen haben werden, hat eine vom Kongress der Vereinigten Staaten eingesetzte Kommission zur Untersuchung der Einwanderungs-Frage einen Gesetzentwurf angearbeitet, wonach von jetzt ab kein Fremdgeborner in den Vereinigten Staaten zugelassen werden soll, der schwachsinzig, ein Bopper, ein verarbeiteter Verbrecher ist, oder ein Polygamist, Anarchist oder Sozialist u.

Den „Sozialisten“ haben die Herren inzwischen wieder zurückgezogen, nachdem selbst bürgerliche Zeitungen es ein wenig zu stark fanden, in dem freiesten Lande der Welt Leute wegen ihrer Bekanntheit zu einer Partei zurückzuweisen, die ihre Anhänger bereits nach Hunderttausenden zählt, und deren Kampf ausschließlich ein politischer ist. Aber mit Recht lehnen sich unsere Genossen drüben auch gegen das Anselndliche der Anarchisten auf, denn wenn auch einzelne Anarchisten eine wahrnehmbare Verbrecher-Tat aufgeföhrt haben, so hat die anarchische Doktrin als solche damit nichts zu thun, und wegen einzelner Narren oder Schurken, die sich zu einer Lehre bekennen, eine generelle Maßregel gegen alle Anhänger derselben verhängen, ist ein Vorgehen, das wir Sozialisten nun und nimmer gutheißen können, und das gradezu ein Faustschlag gegen das Prinzip der Gewissensfreiheit ist.

Wohin man mit solchen Rechtsgrundlagen kommt, und wie weit die Verfälschung im Bürgerthum der „freiesten Republik“ bereits um sich gegriffen, zeigt in drastischer Weise die Thatsache, daß ein anglo-amerikanisches Blatt in Milwaukee sogar in einem freibürgerlichen Unterhaltungsblatt, „Köttlinger's Leitfaden“ für die freien Sonntagsschulen, „ein wenig Anarchismus“ gefunden haben will. Man höre nur, welche Stelle im Buch ihm dazu Anlaß gibt (es handelt sich um eine Anzahl Fragen und Antworten):

F.: Wie hilft sich manchmal eine Nation, wenn die Bedrückungen der Regierung zu stark werden?

A.: Durch Revolution, d. h. durch gewaltsamen Umsturz der Regierung.

F.: Wann sind Revolutionen berechtigt?

A.: Wenn eine Nation nur durch Gewalt die Tyrannei der Regierung brechen kann.

F.: Warum schlagen Revolutionen gewöhnlich nicht zum Segen des Volkes aus?

A.: Weil sie gewöhnlich nur das Werk blinder Leidenschaften sind und unternehmen werden, ehe die Nation die zu einem höheren Grad von Freiheit nötige Aushilfsleistung erworben hat.

F.: Welche Reformen sind einer Revolution vorzuziehen?

A.: Die friedlichen.

„Das hat nun“, schreibt die **New-Yorker Volkszeitung**, „in den Augen der amerikanischen Zeitungs-Schreiber von heute einen anarchischen Beigeschmack. Diese Worte würden wohl auch gegen die Unabhängigkeitserklärung verbrochen, von deren Grundbegriffen die vorstehenden Auszüge lediglich Umschreibungen sind.“

Und zwar eigentlich ab schwächende Umschreibungen. Aber freilich, die Unabhängigkeitserklärung ist von den Vertretern freier Bauern und Bürger verfaßt, die noch an sich und ihre Sache glaubten, die nicht nur die physische Gewalt, sondern auch die moralische Kraft einer guten Sache auf ihrer Seite hatten. Die erstere hat das Bürgerthum heute in vollem Maße, die letztere aber ist ihr abhanden gekommen, und daher die trag alle Fortschritte der Wissenschaft in seinen Reihen immer mehr um sich greifende Verfälschung. Und warum soll nicht auch in diesem Punkte Amerika die alte Welt durch großartige Leistungen übertreffen?

Vielleicht macht sich einer unserer Genossen drüben den Spott und Witz den Anarchismus-Schmälzern noch, daß kein Buch der Welt mehr von „Anarchismus“ enthält, als — die Bibel.

— **Was für ein Mensch!** Man sagt von ihm, daß er soviel ist, wie ein halbes Duzend Männer.

Er braucht täglich 2-3 Pfund Fleisch und 3 Quart Champagner zum Frühstück, doch mehr als das doppelte Quantum zum Mittagessen.

Als er einmala wegen Schlaflosigkeit und anderer Beschwerden in Folge unmäßigen Essens und Trinkens das Champagnertrinken aufgeben hatte, erklärte er nach kurzer Zeit, er fühle Schlaflosigkeit und Champagner geschmeckt Schlaf und mäßiger Lebensweise vor. 13 Leibärzte, 5 Wundärzte, 2 Augenärzte, 1 Zahnarzt und 4 Ärzte mit unbestimmten Funktionen suchten die durch Unmäßigkeit herbeigeführten Leiden zu mildern und seinen Körper auf einem einigermaßen normalen Gesundheitszustand zu halten.

„Das ist ein Vieh“, sagt sich unwillkürlich der Leser, wenn er das Vorstehende gelesen. Ein Mensch, der solche wahnsinnige Bässerei treibt, kann unmöglich geistig normal beschaffen sein.

Und wer ist es, von dem die englische und amerikanische Presse uns solches zu berichten weiß?

Alexander III., Selbstherrscher Rußlands, Despot über 90 Millionen Menschen.

Das Reich des Titellus war freilich noch etwas größer. Aber was den Appetit anbetrifft, so scheint Alexander III. den römischen Kaiser noch zu übertreffen. Außerdem soll Titellus keinen Champagner, außerdem es damals noch keinen gab.

So sieht man doch, daß die Kultur fortschreitet.

— **Zur Agitation im Militär.** Es ist schon vielfach darüber geschrieben worden, ob eine besondere Propaganda unter den Soldaten unter den bestehenden Verhältnissen zweckmäßig sei, d. h. ob der vorläufige Nutzen einer solchen im Verhältnis stehe zu den damit unweifelhaft verbundenen Opfern. Wir gehören zu denen, welche diese Frage eher verneinen, aber wenn unsere Feinde für die Propaganda in der Armee sorgen, so können wir das nur dankbar akzeptieren.

Und das scheint jetzt in der preussisch-deutschen Armee mit der bewunderungswürdigen Systematik, welche diese Körperschaft auszeichnet, betrieben zu werden. Man hört nur, was uns ein Genosse, der zur Zeit „unter der Fahne steht“, mittheilt:

„Mit Gott für König und Vaterland werden den Rekruten in den Instruktionsstunden sehr gar viele schauerliche Anekdoten erzählt, in welchen die Sozialdemokraten das böse Prinzip darstellen, das aber stets von der strafenden Gerechtigkeit vernichtet wird. Schreiber dieses hatte jüngst Gelegenheit, ein solches Märchen aus dem Munde seines Herrn Lieutenant zu hören, und will nicht verläugnen, es zu Ruh und Frommen aller verdorbenen Sünder im Organ der bösen Sozialdemokraten bekannt zu geben.“

Der Herr Lieutenant — selbstverständlich Einer der „Edelsten und Besten der Nation“ — hat seine Rekruten über die ersten Pflichten des Soldaten zu instruieren. Die erste Pflicht des Soldaten ist und bleibt die Gehorsam gegen seine Vorgesetzten, bekennt er mit dem ganzen Pathos eines christlich-germanischen Junkerleins und fährt fort: „Es gibt nur eine Ausnahme, wo es Euch nicht nur gestattet, sondern sogar befohlen wird, keinen Gehorsam zu leisten. Das ist, wenn Euer Vorgesetzter Euch zum Brechen des Fahnenweibes, zur Untreue gegen Euren angeordneten (?) Herrscher verleiten will! Dieser Fall kommt zwar sehr selten vor, ist aber doch schon dagewesen; ich kann Euch da eine kleine Geschichte erzählen, die vor einigen Jahren in einer deutschen Garnison sich abspielte.“

„In dem dort garnisonirenden Infanterie-Regiment wurde nämlich plötzlich eine ganze Anzahl von Unteroffizieren und Mannschaften verhaftet und nach einem längeren Verhöre zu schweren Festungsstrafen, die Unteroffiziere außerdem zur Degradation verurtheilt.“

„Was hatten nun diese Leute verbrochen? Was meint Ihr?“

„Die Kerls waren ganz tüchtige Leute, pünktlich im Dienst, intelligent und nüchtern, aber es waren — Sozialdemokraten! Die Unteroffiziere waren vor Jahren in das Regiment mit dem Vorlass eingetreten, zu avanciren und im Auftrag der Sozialdemokratischen Partei das Regiment zu revolutionairen, d. h. dem König und Vaterland abwendig zu machen. Das Geld hatten sie von sozialdemokratischen Vereinen erhalten. Eine ganze Anzahl Leute haben sich auch richtig verhalten lassen, Einer aber willigte nur scheinbar in die Pläne des Unteroffiziers, meldete die Sache dem Hauptmann, und so kam die Geschichte an den Tag, worauf die ganze Bande gehörig bestraft wurde.“

Folgte alsdann die Inangamendung.

Der Grund der Rede bei den Rekruten war ein sehr verchiedener. Während einzelne allerdings ganz entsetzt schienen ob der fürchterlichen Geschichte, konnte man bei den andern bemerken, wie ein eigenthümliches Lächeln blühtig über das Gesicht huschte. Was das Lächeln wohl zu bedeuten hatte?

Wir wollen es nicht verrathen, nur soviel, daß der Kredit der Partei des arbeitenden Volkes durch die Erzählung des Herrn Lieutenant ungemein gewonnen hat.“

So der Einsender. Wer sich ein wenig auf die Regeln der Propaganda versteht, weiß, daß wenn einem die Möglichkeit genommen ist, eine Sache nach Wunsch und Gebühr zu empfehlen, es kein besseres Mittel gibt, Groll zu schaffen, als daß man von gewisser Seite recht tüchtig darauf schimpfen läßt. Der Effect ist dann so ziemlich der gleiche. „Woran“ der Schimpf, daran muß etwas sein, gegen die Hörer und suchen sie, sobald sie können, näher über die Sache zu informieren. Und wer von der sozialdemokratischen Fraktion erst leidet, ist schon halb gewonnen, zumal wenn ein strenges Verbot für den obligaten süßen Beigeschmack folgt.

Also nur tapfer weitergeschimpft, ihr Herren von Strudewitz und Prudewitz, vielleicht gibt's dann auch einmal eine Donation aus den so reichen — sozialdemokratischen Vereinen.

— Aus Deutschland schreibt man uns: **Die schroff ablehnende Haltung**, welche die Reichsregierung allen, auch den schmächtigsten Majoraten des Arbeiterthums entgegensetzt, verdient eine besondere Erwähnung. Die manchesterliche Meinung, welche der Chef der Dynastie Bismarck wiederholt bekundet hat — wenigstens in Bezug auf das Arbeitsverhältniß — reicht allein nicht aus zur Erklärung; einige Beschränkungen der Arbeitszeit zu Gunsten der Frauen und Kinder würden der industriellen Bourgeoisie ja keinen erheblichen Schaden thun; durch intensivere Ausbeutung der Arbeit wäre der Ausfall leicht auszugleichen. Was diese ablehnende Haltung veranlaßt, das ist die Rücksicht auf das schnapobrennende Junkerthum und den agrarischen Wohlstand überhaupt. Denn würden auch die betreffenden Maßregeln zunächst nur die Industrie treffen, so würden sie doch auch bald den landwirtschaftlichen Betrieb, der ja mehr und mehr einen industriellen Charakter einnimmt, beeinträchtigen, und die „proletarischen“ Herren Schnapobrenner trüben zwar von Arbeiterfeindschaft, sind aber wo möglich noch brutaler Ausbeuter — weil ausgebildete Menschen — als die industriellen Schlotjunken. Und mit den Herren Schnapobrennern muß die Dynastie Bismarck sich gut stellen: die Zeiten sind kritisch geworden, die unerhörten Standale und Verbrechen, als deren Urheber der eisenstirne Hausmeier nebst seinem ältesten Sohn vor aller Welt dasteht, haben der Opposition mächtige Waffen gegeben, die Nationalliberalen sangen an, ihn zu werden und aus den Reihen der Kreuzzeitungs-Kitter ertönen Ausrufe der Rebellion. Da bleibt dann nichts anderes übrig, als alle Wünsche der Herren Schnapobrenner und Agrarier, die noch gehoramt Nerofolge leisten, um jeden Preis zu befriedigen. Daß unter solchen Verhältnissen auch der Entwurf des Alters- und Invalidenversicherungsgesetzes, welches den Herren Junkern immerhin einige Kosten anferlegt, statt einer Verbesserung einer argen Verschlimmerung entgegengeht, läßt sich mit ziemlicher Gewißheit erwarten.

Die Herren Professoren der Breslauer Universität haben den Studenten der Mathematik Luz dauernd von der Anwesenheit verwiesen. Er hat weder unmäßig gelassen, noch teng er sich wie ein Freiregelbilde, er hat nicht einmal einen Mikstaben erschaffen — was hätte er also in den Hallen der Wissenschaft zu thun? Ihn einen Vorwand zu haben, gaben die Herren die Teilnahme Luz' an sozialdemokratischen Festungen als Grund ihrer Verweisung an, aber die wahre Ursache ist, daß Luz kein Kabinenbruder war. Gräßliches Bedientengesinde!

— **Chronik der Sozialistenprozesse.** In Frankfurt a. M. wurde am 23. Januar Genosse Georg Meier, Schneider, wegen angeblicher Teilnahme an einer geheimen Verbindung zu drei Monaten Gefängnis verurtheilt. Als Beweismaterial fungierte ein Heltograph, den man bei Meier gefunden, web, das er in seinem Schrank aufbewahrt, und einige Abredungen und Londoner Adressen, die sich ebenfalls in seinem Zimmer vorgefunden haben sollen. Weil in den Abredungen das Wort „Kass“ vorkommt, so muß dieses Wort nach der staatsanwaltlichen Debitution unter Meier bezeichnen. Als „Kass“ für die Nichtigkeit dieser Behauptung trat der schon aus dem Düsseldorf Sozialistenprozeß her berüchtigt gewordene

Spielwaarenhändler August Münnich aus Düsseldorf in die Schranken, der — wie es allen Anschein hat — als Bänder, Spizel und Zunge verwendet wird und vor dem deshalb die Genossen allerorts gewarnt sein mögen. Alle übrigen von der Staatsanwaltschaft vorgeladenen Zeugen vermochten absolut nichts Belastendes gegen Meier vorzubringen, der sich offen zu den Grundbänden unserer Partei bekannte, aber entschieden bestritt, irgend etwas mit den Abredungen zu thun gehabt zu haben. Und auf eine so mageren Beweiskführung hin oder vielmehr trotz dem vollständigen Mangel irgend eines zwingenden Beweises erfolgte die Verurtheilung!

Die Herren Richter waren eben Klassengegner des Angeklagten und Diener des herrschenden Systems.

— **Dumm und gemein.** Folgenden Urtheil hat kürzlich der Polizeipalais-Bürgermeister Jacobs von Henmar (Landkreis Köln) einem Arbeiter als polizeiliches Führungsgesetz ausgesprochen:

„Führungsgesetz. Der Arbeiter P. . . . I. . . . , wohnhaft in Beithofen, hat zwar noch keine Vorbeurtheilungen erlitten, war jedoch Mitglied der bekannten sozialdemokratischen (!) Allgemeinen Arbeiter- und Sterbefasse der Metallarbeiter, eingeschriebene Hilfsfasse Nr. 29, Hamburg. Der Bürgermeister Jacobs.“

Das „war“ und „jedoch“ sind glänzende Zeichen der polizei-mäßigen Beschränktheit des Jacobs', im Uebrigen ist das Urtheil ein nichtswürdiger Urtheilsbrief, den der Arbeiter nicht annehmen braucht, weil er eine Uebersetzung der den Polizeimeistern zuzehenden Befugnisse bedeutet. Aber freilich, der Knüttel liegt beim — Bürgermeister, in 99 von 100 Fällen hat der Proletarier nicht die Zeit, den langweiligen Beschwerdebogen zu betreten.

Nun, es wird hoffentlich doch einmal anders kommen, und „mit dem Maße, da Ihr misset, soll Euch wieder gemessen werden“.

— **Die Männer des „elendesten aller Wahlsysteme“** haben also richtig die **Lohnerhöhung für den König von Preußen** bewilligt. Nur die beiden dänischen und ganze 8 — sage und schreibe acht deutsch-freijüngliche Abgeordnete stimmten dagegen, Herr Birchow enthielt sich der Abstimmung, der Rest, darunter auch drei Abgeordnete für Berlin — Aloy, Hugo Hermes, Zelle — stüdteten um. Herr Zelle gab für seine Abstimmung u. A. die wundervolle Begründung zum Besten, daß die Vertretung des deutschen Kaiserthums eine „Ehrenpflicht Preußens und seines Königs“ ist, — erstens eine Lüge, weil das Reich einen großen Theil der Repräsentationskosten des deutschen Kaiserthums heute schon zahlt, und zweitens eine Veranschulung der Verantwortlichkeiten, die ein Schlag ins Gesicht ist aller liberalen Staats- und Rechtsbegriffe. Wären diese Herren „freijüngliche“ Männer und wirklich freigeimig, so müßten sie dem Ehrenpflicht-Schwindel mit aller Energie Widerstand leisten, denn es ist doch gerade vom bürgerlich-demokratischen Standpunkt aus wahrlich nicht gleichgültig, ob das deutsche Reich auch fürderhin als Reich von Preußens Gnaden sein Dasein fristen soll.

Noch herrlicher als die freijünglichen benahm sich das Centrum, das Mann für Mann geschlossen für die Lohnerhöhung stimmte. Die Herren Ultramontanen sind eben auch nur Kraut, wenn es sich um ihren Vorteil handelt, sonst aber heißt's bei ihnen: Nichts zu handeln? Und was gilt die Wette, daß hinter der Bereitwilligkeit, den Kaiser und König besser zu bezahlen, ein kleines Schwachergelächst steckt? So wird das Volk von diesen Vertretern doppelt gequält.

Als Kuriosum sei noch erwähnt, daß in der Budgetkommission der Finanzminister Scholz als maßgebend für die Nothwendigkeit der Lohnerhöhung den Verfehr des Kaisers mit den außerdeutschen Ländern in's Feld zu führen die Mäßigkeit hatte — und nicht ausgelacht wurde. Nach den gloriosen Erfolgen in St. Petersburg, Rom und Wien — Lohnerhöhung. Ja, was verlangen die Herren denn noch?

Denn sie ihre Blamage auch selbst bezahlen, müßte es noch hinzugehen. Das Väterliche ihrer Handlungsweise können wir ihnen allenfalls schenken. Aber die Geldbewilligung zu einer Zeit, wo allen Verstanden, das Einkommen der untersten, schlechtest gestellten Klassen der Bevölkerung zu erhöhen, von Oben der hartnäckigste Widerstand entgegengesetzt wird, wo 3. B. trotz reichlicher Ueberflüsse der Staatsbahnerwaltung das Gehalt der Arbeiter der Eisenbahnerstätte Dortmund um eine bescheidene Lohnaufbesserung kurzerhand als „zur Zeit nicht angängig“ abgeschlagen wird, — zu einer solchen Zeit einem Menschen, der noch absolut nichts geleistet hat, zu bloßen Spielereien 3/4 Millionen Mark pro Jahr Zulage bewilligen, das ist ein Verbrechen am Volke, das ihnen nicht vergilten werden, dessen Brandmarkung selbst durch den Spott nicht gemildert werden darf.

— **Die Achtstunden-Bewegung** scheint in Amerika ernsthaft in Fluß zu kommen. Wie die dortigen Arbeiterblätter berichten, hat die Arbeiter-Federation (Verband der Gewerkschaften) durch ihr Exekutiv-Komitee folgenden Aufruf an die Arbeiter des Landes erlassen:

„Arbeitsgenossen! Die Konvention der American Federation of Labor, abgehalten in St. Louis vom 11. bis 15. Dezember 1888, beschloß, daß alle Anstrengungen der organisirten Arbeiter auf die Einführung des achtstündigen Arbeitstages am 1. Mai 1890 konzentriert werden sollten. Die Bewegung zur Einführung des achtstündigen Arbeitstages hat zum Zweck die Verbesserung unserer materiellen und sozialen Lage, und ihre vollständigen Erfolge auf die arbeitenden Massen reichen weiter, als in diesem Artikel ausgedrückt werden kann. Es ist nicht nur falsch, so viele Stunden per Tag zu arbeiten, während so viele unserer Genossen müßig auf der Straße herumlaufen, — nein, es ist sogar die Höhe der Arbeit. So lange zwei Arbeiter ein und dieselbe Stelle finden, müssen unsere Löhne und unsere Verhältnisse im Allgemeinen sinken. Laßt uns mit vereinigten Kräften die Arbeitsstunden reduzieren, damit die Arbeitgeber sich mehr nach Arbeitern umsehen müssen.“

Die Konvention der American Federation of Labor hat sehr passend vier Tage bezeichnet, an denen die Arbeiter des ganzen Landes aufgeföhrt werden sollen, Achtstunden-Massendemonstrationen in allen Städten und Ortschaften abzuhalten. Diese Tage sollten „Red Letter“ (mit rothen Buchstaben vermerkte) Tage in der Geschichte der Arbeiterbewegung sein. Dieselben sind: Washington's Geburtstag am 22. Februar 1889; der 4. Juli 1889; der Arbeiter-Feiertag, 2. September 1889; Washington's Geburtstag, 22. Februar 1890.

Wir wünschen so viel wie möglich darauf hinzuweisen, daß diese Bewegung in fester, würdiger Weise geleitet werden muß, wie es dem Amerikanerthum gemüht. Bedenkt, daß nichts die Feinde der Arbeit mehr befriedigen würde, als wenn anführerische Reden gehört würden, die ihnen Gelegenheit geben würden, unsere Bewegung im Keime zu erstickten oder in ein falsches Fahrwasser zu leiten. Laßt unsere Parole sein: Acht Stunden! Ja, freilich und positiv!

Auf, auf, Arbeiter von Amerika! Das Alarmanneal ist ertönt: „Acht Stunden Arbeit, acht Stunden Ruhe und acht Stunden für was wir wollen!“

Anfangs schien es, als ob ein Theil unserer Genossen sich von der Bewegung fern zu halten gedachte, wie aber aus der letzten Nummer des New-Yorker „Sozialist“ ersichtlich, wird auch die sozialistische Arbeiterpartei an dem Kampf theilnehmen, ohne selbstverständlich die Illusionen der Gewerkschaftler zu theilen. In einer Erklärung der National-Exekutive der Partei, die der „Sozialist“ veröffentlicht, heißt es: „Was Karl Marx in seinem Manifest über die Stellung der Kommunisten sagt, das gilt vollständig auch für uns Sozialisten. Die Sozialisten unterscheiden sich von den übrigen proletarischen Organisationen nur dadurch, daß sie einerseits in den verschiedenen nationalen Kampfen die gemeinsamen, von der Nationalität unabhängigen Interessen des gesamten Proletariats hervorheben und zur Geltung bringen, andererseits dadurch, daß sie in den verschiedenen Entwicklungsstufen, welche der Kampf zwischen Proletariat und Bourgeoisie durchläuft, stets das Interesse der Gesamtbevölkerung vertreten.“

Die Sozialisten sind also praktisch der entgegengesetzte, immer weiter treibende Theil der Arbeiterpartei aller Länder, sie haben theoretisch vor der übrigen Masse des Proletariats die Einsicht in die Bedingungen, den Gang und die allgemeinen Resultate der proletarischen Bewegung voraus.“

Und von diesem Gesichtspunkte aus ist es unsere Pflicht, die Achtstundenbewegung nach Kräften zu fördern, Schulter an Schulter mit den Arbeitern zu kämpfen; ungleich aber müssen wir auch unsere größere Einsicht in den ökonomischen Entwicklungsgang während dieser Bewegung bei den Arbeitermassen zur Geltung zu bringen suchen.

Unsere Aufgabe ist es, innerhalb dieser Bewegung den Arbeitern klar zu machen, daß die Verkürzung der Arbeitszeit nur eine vorübergehende Besserung für die Arbeiterklasse bringen kann, daß in letzter Linie die heutige Lohnsklaverei nur durch eine Umgestaltung des Produktionsystems beseitigt werden kann.

Wir kämpfen mit als Glieder der großen Arbeiter-Armee, aber als Glieder, deren Aufgabe es ist, die sozialistische Erkenntniß in deren Reihen zu tragen.“

— **Oesterreich.** Der Autrevolutionarismus hat nach der „Londoner Freien Presse“ wieder eine erhebliche Anzahl

